

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeb. monatlich 76 000 Mark, monatl. 81 670 M. Unter Streifband in Polen monatlich 130 000 M. in Deutschland u. Danzig 15 000 000 dt. M. — Einzelpreis, 5000 M. Sonntagsausgabe, 6000 M. Bei höherer Gewalt. Betriebsläng. Arbeitsniederlegung ob. Ausperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferg. der Zeitig. ob. Nachzahlg. des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 30 mm breite Kolonzeile 2000 Mark, für die 90 mm breite Reklamezeile 10000 M. Deutschland und Freistaat Danzig 1600000 bzw. 5000000 dtch. M. — Bei Plakatvorlage und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffentl. und Auskunftsgebühr 5000 M. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Stettin 1847, Breslau 202157.

Nr. 230.

Bromberg, Dienstag den 9. Oktober 1923.

47. Jahrg.

Das Konitzer Urteil.

Unser Bericht in der letzten Sonntagsausgabe bedarf der Ergänzung. Der Aufsehen erregende Prozeß, auf dessen Hauptverhandlung die Angeklagten nahezu ein Jahr warten mußten, sollte die Schuld oder Unschuld von 18 Deutschen beweisen, denen der Vorwurf der Spionage zugunsten Deutschlands gemacht wurde. Als besonders belastend wurde ein bei dem Hauptangeklagten Scherf beschlagnahmter Brief des nach Deutschland geflüchteten Redakteurs Winkler-Konitz angesehen, in dem dieser verschiedene Auskünfte über seine heimathlichen Verhältnisse erbeten hatte. Scherf will diesen Brief niemals beantwortet haben. Auf welche Grundlagen sich das Konitzer Urteil stützt und welcher Art die Beweisführung war, können wir nicht beleuchten, da der Prozeß bei verschloßenen Türen

unter Ausschluß der Öffentlichkeit

verhandelt wurde. Der Presse wurde der Zutritt verweigert, und auch der Sejmabgeordnete Karan-Wołławiec, der als Vertreter der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat nach Konitz gekommen war, durfte der Verhandlung nicht beiwohnen. Es wäre dringend zu wünschen, daß wenigstens unserer Sejmfraktion die Prozeßakten zur Verfügung gestellt werden, damit die Öffentlichkeit in ihrer Beurteilung des Falles nicht allein auf die Kommentare der „hakatistischen“ polnischen Presse angewiesen ist. Wie sich die Revisionsinstanz zu den Urteilen des Konitzer Bezirksgerichts stellen wird, bleibt abzuwarten. Wir haben es wiederholt erlebt, daß in der zweiten Instanz gerade solche Fälle, die ein politisches Gepräge trugen, anders beurteilt wurden, wie durch das zunächst entscheidende Gericht. Solange das Konitzer Urteil noch nicht Rechtskraft erlangt hat, ist niemandem verstatthat, von einem Landesverrat der deutschen Minderheit in Polen zu sprechen. Was z. B. der Herr Außenminister Seyda in seinem bekannten Interview mit dem Warschauer Korrespondenten des „Temps“ als Landesverrat bezeichnete, — wir wissen nicht, ob er dabei auf die Konitzer Anklageschrift Bezug genommen hat — vermögen wir beim besten Willen als derartig schweres und von uns aufs schärfste zu verurteilendes Verbrechen nicht zu denken. Wir verweisen nur auf den „Abwehr“-Artikel des Abgeordneten Graeve, der in Nr. 217 der „Deutschen Rundschau“ vom 23. vor. Mts. abgedruckt wurde.

Den Vorwurf im Konitzer Prozeß führte Dr. Lubomski in Assistenz des Richters Grzecki und von vier Landrichtern. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Burek. Die Verteidigung der Konitzer Angeklagten lag in den Händen des Rechtsanwalts Behnke-Konitz, der — wie das „Konitzer Tageblatt“ mitteilt — gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit protestierte.

Das Urteil lautete für den früheren Magistratssekretär Scherf auf 4 Jahre 7 Monate Buchthaus, für den Maschinenbaumeister Schulz auf 2 Jahre Gefängnis (nicht Buchthaus, wie uns zunächst mitgeteilt wurde), für den bejahrten Stadtrat a. D. Rhode und den Photograph Graeve auf je 1½ Jahre Gefängnis. Frau Baner aus Schöneck wurde zu 6 Monaten Gefängnis, Pfarrer Natter aus Tempelburg und Pfarrer Wodege aus Landsburg zu je 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Scherf, Schulz, Rhode und Graeve befinden sich in Haft.

*
Bei dieser Gelegenheit beschwören wir alle Emigranten, keine unvorsichtigen Briefe nach Polen zu schreiben. Wenn die Auswanderer selbst, denen die Heimat genommen wurde, nach ihren eigenen Worten in Genf — die Grenzen Polens mit einem Wall von Hass und Rache umgeben, so haben wir mit dieser Front nichts gemein, die allein der polnische Nationalismus mit seiner Entschuldungsparole zum Schaden des Landes aufgerichtet hat. Wir wollen nicht um der Wünsche anderer willen, die wir nicht teilen, um ihrer törichten Briefe willen, die wir nicht beantworten, in schweren Verdacht und harte Strafen geraten.

Die Entscheidung der Botschafterkonferenz in der Memeler Frage.

Warschau, 7. Oktober. (PAT.) Das Außenministerium teilt mit: Das Generalsekretariat der Botschafterkonferenz hat der polnischen Regierung offiziell den Text der Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 25. September in der Memeler Frage, sowie das von Poincaré im Namen der Konferenz dem französischen Vertreter in Kowno zugesandte Telegramm bekanntgegeben. Diese Dokumente haben folgenden Wortlaut:

I. Entscheidung der Konferenz des Botschafterrates in Sachen der Situation, die durch den Standpunkt der litauischen Regierung in Memel geschaffen wurde.

Das britische Imperium, Frankreich, Italien und Japan, die zusammen mit den Vereinigten Staaten als verbündete und befreundete Hauptmächte den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben, erwogen, daß nach dem Wortlaut

von Art. 99 des genannten Vertrages Deutschland zugunsten der verbündeten und befreundeten Großmächte auf alle Rechte und Rechtstitel auf die zwischen der Ostsee, der nordöstlichen Grenze Ostpreußens, die in Art. 28, Teil 2 der „Grenzen Deutschlands“, des genannten Vertrages beschrieben wurden, und der ehemaligen Grenze zwischen Deutschland und Russland verzichtet hat; erwägten, daß die litauische Regierung am 18. März 1923 formell erklärt hat, sie nehme den Beschuß der Botschafterkonferenz vom 16. Februar 1923 an, der die Bedingungen vorsieht, unter welchen die Großmächte die Überweisung der von Deutschland erlangten Rechte und Rechtstitel an Litauen auf Grund des genannten Art. 99 an das oben erwähnte Territorium, das allgemein unter dem Namen Memeler Gebiet bezeichnet wird, abhängig machen; erwägten, daß solange dieses Abkommen nicht in Kraft ist, sämtliche Rechte und Rechtstitel auf das Memeler Gebiet den verbündeten Staaten automatisch; erwägten, daß die litauische Regierung trotz des Protestes der verbündeten Regierungen nicht aufstehen, in die Verwaltungsweise des Memeler Gebiets, entgegen den Rechten und Rechtstiteln der verbündeten Mächte, einzugreifen und unter diesen Umständen die Autonomie dieses Territoriums verletzt; erwägten, daß es den verbündeten Regierungen aus diesem Anlaß nicht möglich war, ihre Rechte durchzuführen, andererseits dagegen zugunsten der litauischen Regierung ihre in der Bestimmung vom 16. Februar 1923 vorgeesehenen Rechte auszuführen; erwägten, daß die augenblickliche Verwaltung des erwähnten Gebiets niemals wieder angenommen noch durch eine Abstimmung der Einwohner anerkannt wurde, daß sie von den verbündeten Regierungen nur provisorisch anerkannt wurde, wobei man sich das Inkrafttreten der Verordnungen, die in den genannten Beschlüssen vom 16. Februar 1923 vorgesehen waren, vorbehält; erwägten, daß die litauische Regierung dem Memeler Hafen weiterhin nicht gestattet, eine natürliche Mündung der benachbarten polnischen Territorien zu sein; erwägten, daß diese Tatsachen eine Lage schaffen, die die internationalen Beziehungen nachteilig beeinflussen und den Frieden und die Verständigung zwischen den Staaten, denen die Erhaltung des Friedens obliegt, bedrohen kann; erwägten, daß der Text des Art. 11 des Völkerbundpaktas, machen sie den Völkerbundrat auf die durch den Standpunkt der litauischen Regierung geschaffene Lage aufmerksam.

II. Der Text des dem Vertreter Frankreichs in Kowno am 28. September 1923 im Namen der Botschafterkonferenz zugesandten Telegramms.

Wollen Sie sich mit Ihren Kollegen, den Vertretern der verbündeten Staaten, in Sachen nachstehender, der litauischen Regierung überreichten Note verständigen.

Die Botschafterkonferenz hat sich durch Vermittlung des Vertreters Frankreichs in Kowno mit dem Inhalt der Antwort der litauischen Regierung auf das Schreiben der Botschafterkonferenz vom 3. August bekanntgemacht, in dem die Botschafterkonferenz den Entwurf des Abkommens und der Protokolle eingesandt hat, von deren Unterzeichnung die verbündeten Mächte die Überweisung der Souveränitätsrechte auf das Memeler Gebiet an Litauen abhängig machen, der Rechte, die auf Grund von Art. 99 des Versailler Traktats Litauen nicht zustehen. Die Konferenz stellte daher mit dem höchsten Bedauern fest, daß die litauische Regierung Änderungen an manchen Artikeln des Abkommens und die auf diese Weise geänderten Projekte für die höchsten Zugeständnisse erklärt hat, auf die sie eingehen können, während die Konferenz in ihrem obengenannten Schreiben ausdrücklich hervorgehoben hat, daß der Entwurf des Abkommens und der Protokolle wie auch sämtliche Anhänge zugesandt. Die Konferenz wird auch den Text mit der vollen Antwort der litauischen Regierung auf das Schreiben der Konferenz vom 8. August sofort nach seinem Empfang unterbreiten.

(Gezeichnet) Poincaré.

Ich habe die Ehre, die litauische Regierung zu benachrichtigen, daß unter diesen Bedingungen die verbündeten Regierungen, wie sie sich übrigens im Falle einer Weigerung der litauischen Regierung, die obengenannten Entwürfe des Abkommens und der Protokolle anzunehmen vorbehalten haben, dem Völkerbund die Anwendung des Art. 11 des Völkerbundpaktas auf den in Memel geschaffenen Zustand zu empfehlen. Zu diesem Zweck hat die Konferenz heute dem Generalsekretariat des Völkerbundes den Text der angeführten Abkommen, Entwürfe und der Protokolle wie auch sämtliche Anhänge zugesandt. Die Konferenz wird auch den Text mit der vollen Antwort der litauischen Regierung auf das Schreiben der Konferenz vom 8. August sofort nach seinem Empfang unterbreiten.

Außenminister Seyda über die außenpolitische Lage.

In einer Sitzung des Klubs des Verbandes der Nationalen Volkspartei (Rechtsblock), die am Freitag stattfand, erstattete der Außenminister Seyda einen Bericht über die politische Lage Polens. Er wies auf den politischen Umsturz in Deutschland hin und betonte, daß Polen unter Wehrung seiner friedlichen Tendenzen dennoch auf der Hut sein und einen engen Kontakt mit den Alliierten und befreundeten Staaten unterhalten müsse. Dies beziehe sich nicht allein auf die Großmächte, sondern auch, und zwar in nicht geringerem Maße, auf die Nachbarstaaten, in erster Linie Rumänien. Doch es müsse deutlich unterstrichen werden, daß die internationale Lage auch eine bessere Gestaltung der polnisch-tschechischen Beziehungen erfordere, unter Berücksichtigung der noch offenen strittigen Frage. Wenngleich das Warschauer Abkommen mit den baltischen Staaten vom Jahre 1922 noch nicht durch Finnland ratifiziert wurde, und deshalb auch noch nicht in Kraft getreten sei, so sieht die polnische Regierung trotzdem alles daran, um ein Einvernehmen mit den baltischen Staaten auf dauernden, realen Grundlagen herzuführen. Diesem Zweck werde auch die bevorstehende Konferenz der baltischen Außenminister in Warschau dienen. Im Verhältnis zu Litauen werde die polnische Regierung unbedingt auf ihrem grundsätzlichen Standpunkt nicht allein in der Grenzfrage, sondern auch in der Frage der polnischen Berechtigungen in Memel be-

Mark und Dollar am 8. Oktober

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p.M. = 100 130 000 d.M. 1 Doll. = 1 Milliarde d.M.
(Auszahlung Warschau —)

Warschauer Börse

1 d. M. = 0,0008 p. M. 1 Dollar 530 000 p. M.

harren. Die polnische Regierung sehe auch fernerhin den Augenblick herbei, da in Kowno sich das Verständnis für die Notwendigkeit Bahn brechen werde, mit Polen in unmittelbare Verhandlungen zu treten, und den berechtigten Forderungen der polnischen Bevölkerung zu entsprechen. Minister Seyda charakterisierte sodann den Stand der Dinge in der Sowjet-Föderation und stellte fest, daß die Verhandlung in der Frage der polnischen Antwort auf die Note der Sowjetregierung einen normalen Verlauf nimmt.

Auf Genf und den Haag zurückkommend, sagte der Außenminister, daß die Niederlage der Kandidatur Skirmuntz bei den Wahlen zum Völkerbundrat in der Innenspolitik durch die politischen Gegner der Regierung ausgenutzt werde, daß jedoch auf internationalem Gebiet die Tatsache, daß Polen, wenngleich leider immer noch Client des Völkerbundes, und trotzdem ihm im letzten Augenblick seine nationalen Minderheiten in den Rücken fallen (?) seien, immerhin 17 Stimmen der in Genf versammelten Delegierten auf sich vereinigt habe, was im Vergleich zu der Situation vor einem Jahre einen großen Schritt vorwärts (?) bedeute. Die Gutachten des Standigen Internationalen Gerichtshofes im Haag in der Frage der deutschen Ansiedler in Polen, sowie in der Frage des Bürgerrechts der sogenannten Geburtspolen bedienten für Polen ein schweres Unrecht (?). Die Regierung stehe hier den schwierigsten Rätseln gegenüber, doch sie werde die Interessen des Staates mit aller Energie vertreten, die von ihr die ganze Gemeinschaft fordere. (Die Interessen des Staates, Herr Seyda, verlangen klar, daß Sie nicht das Recht des höchsten Gerichtshofes der Welt in Unrecht deuten! D. Red.)

Der Minister wies zum Schluß auf die Danziger Frage hin, und betonte, daß die günstigen Beschlüsse rückgängig in die Praxis umgesetzt werden müssen, wenn tatsächlich der tote Punkt überwunden werden soll, ferner auf die Bedeutung der Memeler Frage und die leichte Entscheidung des Botschafterrats, der in gut verstandem Interesse sowohl Litauens als auch Polens an dem Völkerbundrat den Appell richtete, auf die litauische Regierung einen Druck auszuüben, daß sie das Memeler Statut unterzeichne.

Der Club nahm den Bericht zur Kenntnis und sprach der Tätigkeit des Außenministers volle Anerkennung aus. Im Anschluß hieran sprachen die Minister Gąbiński und Gościcki, denen der Club nach erschöpfernder Diskussion gleichfalls das Vertrauen aussprach.

In der freien Aussprache wurde u. a. auch die Frage des Mieterschutzgesetzes angeschnitten, wobei gefordert wurde, die Änderung des Gesetzes bis Neujahr durchzuführen. Das Präsidium wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt: Stanisław Kieżek (Vorsitzender), Jan Harusiewicz, Ignacy Szczęsny (Vizepräsident), Konstanty Kowalewski und Jerzy Bzdziowski.

Deutschland.

Der Dollarstand hat die erste Milliarde erreicht. Die Nachwirkungen des durch die jede Reparationsleistung zerstörende Okkupation des Ruhrgebietes herausbeschworenen Ereignisses auf den Stand der polnischen Waluta werden von Tag zu Tag deutlicher spürbar.

Die Reichsregierung hat sich von neuem auf Grund der alten Koalition gebildet. Ausgeschieden sind nur der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding (linksozialistisch), der durch den Reichsnährungsminister Dr. Luther ersetzt wurde, und der Reichswirtschaftsminister Dr. Raamer (Dr. Volksp.), der durch Dr. Koch ersetzt wurde. Die Posten des Reichsausßenministers und des Reichsnährungsministers sind noch unbelegt.

Der Reichskanzler Stresemann hat das umgebildete Kabinett am Sonnabend dem Reichstag vorgestellt und in einer längeren Rede die innen- und außenpolitische Krise beleuchtet, die das Geschehe des Reichs erschüttert.

Hilton Young über seine Mission in Polen.

Vor seiner Abreise nach Polen hielt Hilton Young in seinem Wahlkreis Norwich eine politische Rede über den Wiederaufbau Europas, der für das wirtschaftliche Gleichgewicht Englands eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Zu seiner Mission in Polen übergehend, sagte Hilton Young etwa folgendes:

„Nach meiner Ansicht darf ich mein Mandat im Parlament nicht verlassen, ohne meine Wähler darüber zu informieren, weshalb ich nach Polen reise. Die Republik Polen hat alle Aussichten auf einen fünfjährigen Wohlstand. Ich bin dessen gewiß, daß alle Liberalen volle Sympathie für dieses tapfere Volk besitzen, das — vom Gedanken der Unabhängigkeit beseelt —, es vermochte, 150 Jahre lang siegreich die fremde Tyrannie und Besiegung zu überstehen. Vor einigen Monaten hatte unser Ministerpräsident die Güte, mir zu erklären, daß ich nach seiner Ansicht gewisse Dienste dem polnischen Staate leisten könnte,

indem ich die Einladung annehmen würde, die die polnische Regierung an England gerichtet habe, daß es Landsleute mit entsprechenden Qualifikationen nach Polen entsende, die der polnischen Regierung in dem Plan, die Finanzen einer Reform zu unterziehen, mit Rat beizustehen in der Lage wären. Die Durchführung dieser Aufgabe erfordert meine Abwesenheit für die Dauer von etwa zwei Monaten. Als mir diese Bitte vorgetragen wurde, hatte ich das Gefühl, daß, wenn ich in der Lage bin, eine gewisse Hilfe zu leisten, es ein Fehler wäre, wenn ich eine abhängige Antwort erteilt hätte, da hiervom das Wohl Polens abhängt, das auf das engste mit dem Wohl unseres eigenen Landes verknüpft ist. Ich hatte das Gefühl, daß es meine Pflicht sei, alles zu tun, was in meiner Macht steht, um die industriellen und finanziellen Verhältnisse Osteuropas in den früheren gesunden Zustand zurückzuversetzen."

Stinnes verhandelt mit Degoutte.

Der "Verl. Lokalanzeiger" läßt sich am 6. d. M. aus Paris melden:

Gestern hat eine Zusammenkunft zwischen Stinnes und General Degoutte stattgefunden. Diese Zusammenkunft bildet hier naturgemäß das Gespräch des Tages. Die Überraschung ist hier allgemein, und man scheint in dieser Begegnung einen ernsthaften Versuch für den wachsenden Verhandlungswillen der deutschen Regierung zu erblicken. Man hält zuerst die Nachricht in ihrer ursprünglichen Form für unglaublich und erwartet ein offizielles Dementi. Statt dessen wird die Tatsache von offizieller Seite unbestritten zugegeben, und man erklärt, daß Stinnes als Beauftragter des Reichskanzlers Dr. Stresemann im Ruhrgebiet eintraf und mit dem französischen Oberkommandierenden über die Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen nach dem Versailler Vertrage verhandelte.

Die Begegnung zwischen Stinnes und Degoutte hat nach französischen Meldungen ungefähr folgendes Vorspiel gehabt: Auf einer Konferenz der rheinisch-westfälischen Industriellen am 30. September in Amiens wurde der Beschluss gefaßt, mit den Spitzen der Besatzungsbehörden in Verhandlung zu treten. Nach Rückprache mit dem Reichskanzler Dr. Stresemann begaben sich Stinnes, Dr. Klöckner, Böglar und Bergbaupräsident v. Belsen nach Düsseldorf und stellten Herrn Krupp von Bohlen-Halbach im Gefängnis einen Besuch ab. Hierauf empfing sie General Degoutte in Audienz, nachdem sie zunächst mit General Devignes eine kurze Vorbereitung gehabt hatten. Dem französischen Oberkommandierenden erklärten sie, von einem Teile der rheinisch-westfälischen Industrie als Delegierte entstand worden zu sein. Tatsächlich wird hier angenommen, daß sie von Stresemann beauftragt worden sind. Über die wahre Tragweite der Unterredung ist man sich hier zunächst nicht recht schlüssig. Es heißt, daß die französische Regierung Vorschläge zur Wiederaufnahme der Arbeit und Vorschläge zur Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen entgegengenommen und sie aufmerksam prüfen werde. Gleichzeitig gibt man aber in Paris zu verstehen, daß eine allgemeine Erörterung des Reparationsproblems im Rahmen der Verhandlungen zwischen Degoutte und Stinnes innerhalb (?) sei, und daß die Ruhrmänner nicht das Recht hätten, in dieser Beziehung den alliierten Regierungen vorzutreten. Am Quai d'Orsay hat man bisher noch keine ausführlichen Berichte des Generals Degoutte erhalten. Die Nachricht von der Zusammenkunft des französischen Oberkommandierenden mit den deutschen Industriellen ist am Quai d'Orsay erst heute nachmittag um 1/2 Uhr bekannt geworden. Von gewisser Seite wird bereits jetzt das Verhalten Degouttes leise gerügt (?), weil er die deutschen Bevollmächtigten allein, ohne Hinzuziehung anderer französischer Persönlichkeiten empfangen hat, und man befürchtet, daß diese Unterredung zu verschiedenen Mißverständnissen (?) Anlaß geben könnte. Es ist damit zu rechnen, daß die französische Presse auf diesen Umstand noch ausführlich zurückkommen und dem General Degoutte, falls er nicht "Vorsichtsmaßnahmen" ergreift und die Sichtung protokollarisch aufnehmen ließ, ernsthafte Vorwürfe machen wird.

Scharfer Wind in Bayern.

München, 7. Oktober. Auf Grund der Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums vom 26. September 1923 wird mit sofortiger Wirkung für das rechtsrheinische Bayern vom Generalstaatskommisariat folgendes angeordnet:

Wer in unmittelbare Zeitungen oder Zeitschriften druckt, herausgibt, verlegt, feilt, bietet, verkauft, verteilt, ausstellt, anschlägt oder sonst verbreitet, wird, sofern nicht nach anderen Strafvorschriften eine schwerere Strafe verhängt ist, mit Gefängnis bestraft, neben dem auch auf Geldstrafen erkannt werden kann, deren Höhe unbeschränkt ist. Neben der Strafe kann auch auf Entziehung der Gegenstände erkannt werden, die zur Begehung der Straftaten bestimmt waren, durch die die Straftat hergestellt, oder die dabei benutzt wurden, auch wenn sie weder dem Täter noch dem Eigentümer gehören. Neben einer Strafe von mindestens drei Monaten kann auch auf die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von ein bis fünf Jahren erkannt werden.

Eine Rede Nadebs.

Moskau, 4. Oktober. Die "Prawda" veröffentlicht eine sensationelle Rede Nadebs, die er bei einer Versammlung der Sowjetkommissare in Charkow gehalten hat. Nadeb sagte:

Nach mehrjähriger Unterbrechung des revolutionären Kampfes gegen Europa begann eine neue Zeit revolutionärer Erschütterungen. Deutschland ist ein Vulkan. Dieser Vulkan wird früher ausbrechen, als die Welt glaubt. Und Deutschland wird mit der Revolutionslava sich selbst zuwickeln und die ganze Welt. Die Sowjets wären dafür Deutschland tiefen Dank schuldig. Die Entente hat in ihrem Kampf mit den Sowjets nur deswegen eine Niederlage erlitten, weil die deutschen Arbeiter sich dem Durchmarsch der Ententeheere durch das deutsche Gebiet widersetzen. Jetzt ist die Zeit gekommen, da die russischen Arbeiter ihren deutschen Brüdern zu Hilfe kommen müssen in deren Kampf gegen den Faschismus. Wir stehen zum Kampf bereit mit Gewehr bei Fuß. Wir werden nicht zugeben, daß die Ereignisse uns überraschen. Zu gegebener Zeit werden wir den deutschen Proletarien unsere hilfreiche Hand reichen. Schon in aller nächster Zeit werden wir einen Aufruf veröffentlichen an die Arbeiter der ganzen Welt. Sie möchten ihre Kräfte mobilisieren und verhindern, daß die Entente sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischt. Unsere Rote Armee wird die deutschen Arbeiter unterstützen bei der Niederwerfung der Reaktion. Wir werden unseren ganzen Einfluß und alle Mittel anwenden, um die deutschen Massen zur Erhebung gegen die jetzige Regierung zu veranlassen. Wir wollen sein die Avantgarde der Revolution in Deutschland. Und deswegen warnen wir die Entente: "Hände weg von der Revolution in Deutschland." Und wir erklären feierlich, daß wir unseren Brüdern jenseits der

Oder bald zu Hilfe kommen werden. Wir werden dabei helfen, das heutige Deutschland in einen Sowjetstaat nach dem System Lenin umzuwandeln.

Die Liquidierung deutschen Besitzes.

Nach einer Verordnung in Nr. 70 des "Dziennik Ustaw" werden folgende Besitzungen liquidiert, wenn sie nicht bis zum 1. November von Personen käuflich erworben werden, die polnische Staatsbürger, Landwirte von Beruf und frei von polonophilem Geiste sind und die Besitzung nicht zu Zwecken der Spekulation erwerben: 1. Rentengut Lipowice 50, Kreis Gostyn, Bes. August Begemann. 2. Rentengut Dalezyn 36, Kreis Gostyn, Bes. Otto Beyer. 3. Rentengut Kreising, Kreis Posen-Ost, Bes. Wilhelm Knuppe. 4. Rentengut Ludwilkovo, Kreis Schubin, Bes. Friedrich Peter. 6. Rentengut Gostfeld 5, Kreis Dobroslaw, Bes. Karl Marx. 7. Rentengut Murzynka 28, Kreis Znin, Bes. Friedrich Bartels. 8. Rentengut Murzynka 9, Kreis Znin, Bes. Eugen Hornung. 9. Rentengut Venetia 31, Kreis Znin, Bes. Karl Kuhn.

Der Stand der Landwirtschaft in Polen.

Schluss der Rede des Ministers Gościński.

Nach der Poln. Tel.-Ag. lautete der Schluss der Rede, die der Landwirtschaftsminister Gościński vor den Pressevertretern gehalten hat, wie folgt:

Die verhältnismäßig niedrigen Preise für Lebensmittel zwingen unsere Landwirte, den Verbrauch an künstlichem Dünger einzufränen. Wenn vor dem Kriege die polnischen Länder jährlich an 120 000 Wagons verbrauchten, so werden jetzt bei allgemeinem Fortschritt nur 20 000 Wagons Künstdünger verbraucht. Um in Zukunft vor allen Überraschungen sicher zu sein, müssen wir uns bemühen, den Verbrauch des Kunstdüngers zu heben. Da aber unsere eigene Kunstdüngproduktion für uns bei weitem nicht ausreicht und der Chilekalzeter durch nichts ersetzt werden kann, so müssen wir den Kunstdünger aus dem Auslande beziehen. Bei den gegenwärtigen Preisen für Landprodukte lohnt es sich aber nicht, Kunstdünger zu verwenden, was folgende Berechnung beweist: 100 Kilogramm Chilekalzeter kosten in Danzig 5½ Dollar, und die Transportspesen machen 5,6 Dollar aus. Der aus diesem Quantum Salpeter erzielte Mehrertrag an Getreide beträgt 250 Kilogramm Korn, so daß jede 100 Kilogramm den Landwirt 2,24 Dollar kosten. Er erhält jedoch für 100 Kilogramm Korn nur 1,96 Dollar. Ein derartiger Sachverhalt ist beunruhigend und für unsere Landwirtschaft bedrohlich. Aus diesen Gründen beabsichtigt das Agrarministerium, einen Teil der polnischen Überproduktion an Landprodukten gegen Kunstdünger einzutauschen. Zur Deckung des Bedarfs der Landwirtschaft genügen jedoch 6 Millionen Dollar jährlich, für die nur 20 000 Wagons Getreide ausgeführt zu werden brauchen. Es verbleiben also noch 120 000 Wagons, die Polen nicht verbrauchen kann und deshalb ausführen muß. Unsere Exportfähigkeit ist leider durch technische Gründe eingeschränkt. Bei dem gegenwärtigen Zustande unserer Eisenbahnen können wir monatlich nur 10 000 Wagons ausführen, was bis Ende Juli 1924 zusammen 90 000 Wagons ausmachen würde, also nur ¾ unserer Exportfähigkeit.

Die Frage der Ausfuhr von Landprodukten hat die Regierung noch nicht endgültig gelöst. In der Sitzung des wirtschaftlichen Ministeriums stellte der Agrarminister den Antrag, eine ständige Ausfuhrnorm in Höhe von 10 000 Wagons monatlich festzulegen. Dieser Antrag wurde einer besonderen, aus den Ministern für Finanzen, Handel und Landwirtschaft und dem Außenordentlichen Kommissar zur Bekämpfung der Teuerung bestehenden Kommission zur Prüfung überwiesen.

Radio-telegraphische Verbindung zwischen Polen und Amerika.

Warschau, 6. Oktober. (PAT) Am 4. d. M. am Tage der Eröffnung der unmittelbaren radio-telegraphischen Verbindung zwischen Polen und Amerika, erhielt die amerikanisch-polnische Handelskammer in Polen von der amerikanisch-polnischen Handelskammer in den Vereinigten Staaten folgendes Radiotelegramm:

"Wir gestatten uns aus Anlaß der Beendigung der unmittelbaren radiotelegraphischen Verbindung, die Polen in der Berichterstattung von anderen Staaten unabhängig macht, unsere Glückwünsche zu übersenden und sprechen unsere Befriedigung darüber aus, daß die amerikanische Organisation dazu ausgewählt wurde, die Errichtung und die gemeinsame Bedienung dieser Nation vorzuschlagen. Die Gründung der Verbindung zwischen Polen und den Vereinigten Staaten ist ein neues Band zwischen den beiden Republiken. Die sofortigen und sicheren Nachrichten werden die Handelsbeziehungen weiter entwickeln."

Die polnisch-amerikanische Handelskammer in Polen antwortete wie folgt:

"Danach der gemeinsamen Mitarbeit Polens und Amerikas, sind wir heute in der Lage, der amerikanisch-polnischen Handelskammer in den Vereinigten Staaten aus der neu errichteten radiotelegraphischen Station unsere herzlichsten Grüße zu übersenden, in der Überzeugung, daß diese neue Linie zur Vergrößerung der Handelsbeziehungen zwischen Polen und Amerika beitragen wird."

Republik Polen.

Wichtige Beratungen in Warschau.

Nach Meldungen verschiedener Oppositionsblätter fand in der vorangegangenen Woche in Warschau in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Witos eine Ministertreffen statt, an der sämtliche Minister und die Vorsitzenden der Mehrheitsclubs teilnahmen. Nach dem "Urger Lwowski" hatte die Beratung einen stillen Verlauf. Der "Krakowskiter", das Organ Witos', teilt mit, daß die Christliche Demokratie mit großen Vorbehalten hervortrete. Nach den Informationen des "Dz. Biegoski" fanden in Warschau tatsächlich sehr wichtige Beratungen statt, deren Verlauf jedoch und deren Ergebnis im strengen Geheimnis gehüllt seien.

Schließung russischer Schulen.

Warschau, 7. Oktober. Das Unterrichtsministerium hat das russische Gymnasium in Dubno, angeblich wegen antistaatlicher Agitation der Schuljugend, geschlossen. Geschlossen wurde ferner das russische Gymnasium und das Seminar in Ostrowo.

Rückkehr des Metropoliten Szeptycki nach Lemberg.

Am Freitag nachmittag ist der Metropolit Szeptycki nach Lemberg zurückgekehrt. Auf seiner Rückreise machte er einen Abstecher nach Przemysl, wo er bei dem griechisch-katholischen Bischof über Nacht blieb. In Lemberg traf der Metropolit ohne jegliches Beremoniell ein.

Ein einheitliches Pressegesetz.

Der Ministerrat hat einen Entwurf zum Pressegesetz beraten, dessen Zweck ist, die Verschiedenheiten der Gesetze

gebung auf diesem Gebiete in den einzelnen Landesteilen Polens zu beilegen. Das Gesetz ist durch die Presseabteilung des Innenministeriums ausgearbeitet und wird im Kürze dem Sejmmiträtschaft zugehen.

Die Militärdienstpflicht der Abiturienten.

Warschau, 6. Oktober. (PAT) In der gestrigen Sitzung der Heereskommission des Sejm wurde das Gesetz über die allgemeine Militärdienstpflicht weiter beraten. Der Abschnitt 7 des Gesetzes wurde in der Fassung angenommen, daß den Absolventen von Mittelschulen eine 18½monatliche Dienstpflicht zuerkannt wurde, und zwar darum, daß Personen, welche die Mittelschule mit einem befriedigenden Zeugnis beendet haben, vom 15. 6. bis 1. 10. des nächsten Jahres und dann nach einer Unterbrechung vom 1. 7. bis zum 1. 10. ihrer Dienstpflicht genügen sollen. Nach Ableistung dieser Dienstpflicht und nach Beendigung der Fahnenjunkerschule erhalten die Absolventen das Recht auf den Rang eines Reserveoffiziers.

In Łódź ist ein Sezessstreik ausgebrochen, von dem auch die dort erscheinenden Tageszeitungen betroffen wurden. Die Sezess haben die Forderung aufgestellt, ihnen 90 Prozent des Warschauer Minimums zu bewilligen. Dies würde eine Erhöhung der bisherigen Löhne um 50 Prozent bedeuten.

Das Kanalprojekt Oberschlesien-Ostsee.

Eine Umgehung Großpolens?

Wie offiziell aus Warschau gemeldet wird, wird zurzeit im Ministerium für öffentliche Arbeiten das Projekt eines Schiffs-Kanals ausgearbeitet, der das oberschlesische Kohlenbeden mit der Ostsee oder genauer ausgedrückt, mit Danzig verbinden soll. Dieses Projekt ist bekanntlich nicht neu, es hatte schon zur deutschen Zeit ziemlich greifbare Formen angenommen, wenn es auch vielleicht selbst unter ganz normalen Verhältnissen noch jahrelanger Vorarbeiten bedurfte hätte, um die Ausführung des Planes in die Wege zu leiten. Der Krieg hat das ursprüngliche Projekt aufrichtig gemacht. Jetzt soll es, wie man hier annimmt, mit einigen Änderungen, die sich aus den veränderten politischen Verhältnissen ergeben, zu neuem Leben erstehen.

Die neuere öffentliche Erörterung des Kanalplanes hat bereits vor einigen Monaten begonnen; in den gewerblichen und Handelskreisen unseres Bezirks galt es von vornherein als ausgemacht, daß der Kanal, wie es auch im deutschen Projekt vorgesehen war, ein kurzes Stück westlich von Bromberg in den Bromberger Kanal einmünden sollte, von wo in der Unterbrücke und der unteren Weichsel eine vorzügliche Wasserstraße nach Danzig vorhanden ist. Da plötzlich tauchte die Nachricht auf, daß der Kanal nicht in resp. bei Bromberg in die hier bereits vorhandene, vor einigen Jahren für große Fahrzeuge ausgebautte Wasserstraße einmünden solle, sondern unter Umgehung Brombergs direkt in die Weichsel unterhalb Thorn. Daß diese Nachricht in den Erwerbskreisen unseres Bezirks das größte Begehrtheiten hervorruft müßte, versteht sich von selbst. Um dem Ausdruck dieser Nachricht eine Abordnung der Bromberger Handels- und Gewerbe-Kammer nach Warschau, um bei dem Handelsminister augenblicklich der früheren Trace des Kanals vorstellig zu werden. Sie wurde auch sehr freundlich angenommen, und Herr Acharski, der damals das Handelsministerium leitete, würdigte auch die gegen das Regierungsvorprojekt und für die Bromberger Linie geltend gemachten Gründe und versprach deren kräftige Unterstützung. Letzter war Herr Acharski schon anderen Tagen nicht mehr Handelsminister, sondern hatte von Herrn Lindt das Finanzressort übernommen; und heute verklündet die offizielle PAT, daß für den fraglichen Kanal ein Projekt vorgesehen sei, wonach der Kanal nach wie vor unterhalb Thorn in die Weichsel einmünden soll. Gleichzeitig wird von derselben Telegraphenagentur gemeldet, daß der Kanal eine Verbindung mit Warschau und "mit der Warthe" erhalten solle.

Als wir den Zusatz betreffs der Warthe hörten, trauten wir unseren Ohren nicht. Wenn er einen Sinn haben soll, so kann es nur der sein, daß der neue Kanal das ehemals preußische Gebiet vollständig vermeiden und seinen Weg ausschließlich durch Kongresspolen nehmen soll, so zwar daß er unmittelbar nach seinem Austritt aus Oberschlesien östlich nach Kongresspolen abbiegt und dann zwischen der Warthe und der Pilica seinen Weg nach Norden nimmt unter Berücksichtigung etwa der Städte Petrikau und Łobżenica. Wäre nämlich seine Führung auch nur durch einen größeren Teil von Großpolen, d. h. der ehemaligen Provinz Posen, vorgesehen, so hätte die offizielle Angabe, daß der Kanal auch eine Verbindung mit der Warthe erhalten werde, keinen Sinn, weil der Kanal dann die Warthe überhaupt nicht vermeiden könnte, da diese sich in der breiten Front von Koła bis Świdnik ihm quer vorlegen würde; es sei denn, der Kanal mache diesseits von Łódź einen scharfen Knick nach Nordwesten, etwa in Richtung Inowrocław. Er würde dann allerdings einen kleinen Streifen der ehemaligen Provinz Posen, nämlich den Kreis Inowrocław, noch durchschneiden. Es ist dies indessen in hohem Grade unwahrscheinlich, vielmehr muß sogar angenommen werden, daß die Einmündung in die Weichsel nicht unterhalb Thorn vorgesehen ist, nämlich etwa bei Włocławek, weil bei der Führung durch Kongresspolen diese Disposition die Baukosten vermutlich nicht unwesentlich verringern würde.

Doch ein Kanal in der hier vermuteten Begriffung unseres Gebietes, d. h. der ehemaligen Provinz Posen, trotz seiner Verbindung mit der Warthe nur einen minimalen Nutzen bringen würde, liegt auf der Hand. Abgesehen etwa von Łódź und Warschau würde der Kanal hauptsächlich der oberschlesischen Kohlenverarbeitungsindustrie, die sich zum großen Teil in französischer Hand befindet, zustatten kommen, während Großpolen fast ganz leer ausgehen würde, da Transporte von Oberflächenwegen nach Großpolen und vice versa auf diesem Wasserwege mit der Kirche ums Kreuz gehen würden.

Doch auch Kongresspolen auf wirtschaftliche Erschließung durch Verkehrsverbesserungen Anspruch hat, wollen wir keineswegs bestreiten, aber für ein Gebiet, dessen wichtigstes Gewerbe die Landwirtschaft ist, ist die Eisenbahn das gegebene Verkehrsmittel, während der Kanal nur für den großen Durchgangsverkehr in Betracht käme. Da gegen würde in Großpolen, wo neben einer hochentwickelten Landwirtschaft eine nicht minder hochentwickelte Industrie und ein großziger Handel eingeschlagen, eine leistungsfähige Wasserstraße, die Kohle, Rohstoffe und andere Waren zu billigen Frachttarifen heranbrachte, von ungeheurem Segen sein — nicht allein für die hiesige Industrie und den Handel, sondern für die gesamte Bevölkerung.

Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, unsere heimische Wirtschaft und unsere Erwerbskreise auf die ihnen drohende Gefahr des umstehenden Gebiets durch den vorgeschriebenen Kanal rechtzeitig hinzuweisen. An einer Durchführung dieses Kanalprojektes in dieser Zeit der Geldknappheit und Wirtschaftszerstörung vermögen wir allerdings nicht zu glauben. Wir wollen schon auf jeden Fall bestreben, wenn die alten natürlichen und künstlichen Wasserstraßen erhalten werden. Man darf nicht von Kanälen träumen und darüber die Weichsel verändert lassen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit gesichert.

Bromberg, 8. Oktober.

Landwirtschaftliche Vohntabelle

für den Monat September 1923.

In der neuesten Nummer des Landwirtschaftlichen Zeitungswochenblatt für Polen vom 6. Oktober wird die nachstehende Vohntabelle veröffentlicht:

Durchschnittlicher amtlicher Roggenpreis 195 227 M.
1. Reczniak 7 Str. pro Jahr, 113 880 M. monatlich.
2. Wächter, Viehhüter und Feldhüter 8 Str. pro Jahr, 180 150 M. monatlich.

3. Pferdeknachte 9 Str. pro Jahr, 146 420 M. monatlich.
4. Bögte und Kutschler 10 Str. pro Jahr, 162 690 M. monatlich.

5. Handwerker 12 Str. pro Jahr, 195 230 M. monatlich.
Für Kujawien:

a) Reczniak 8 Str. pro Jahr, 180 150 M. monatlich.
b) Wächter, Viehhüter und Feldhüter 9 Str. pro Jahr, 146 420 M. monatlich.

c) Pferdeknachte 10 Str. pro Jahr, 162 690 M. monatlich.
d) Bögte und Kutschler 10 Str. pro Jahr, 162 690 M. monatlich.

e) Handwerker 12 Str. pro Jahr, 195 230 M. monatlich.
6. Häusler 12 Pf. pro Tag, 28 425 M. Tagelohn.

7. Schärwerfer: Ib. Kat. 3 Pf. Roggen pro Tag, 5855 M. Tagelohn; II. Kat. 5 Pf. Roggen pro Tag, 9760 M. Tagelohn; III. Kat. 7½ Pf. Roggen pro Tag, 14 640 M. Tagelohn; IV. Kat. 12 Pf. Roggen pro Tag, 23 425 M. Tagelohn.

8. Frauen pro Stunde 1 Pf. Roggen, 1952 M. p. Std.
9. Saisonarbeiter (auswärtige und örtliche): Kat. a 18 Pf. pro Tag, 25 376 M. Tagelohn; Kat. b 8½ Pf. pro Tag, 16 592 M. Tagelohn; Kat. c 6 Pf. pro Tag, 11 712 M. Tagelohn.

§ Von der polnischen Staatslotterie. Die Generaldirektion der polnischen Staatslotterie macht bekannt, daß die neuen Lose für die nächste 8. Lotterie schon herausgegeben sind. Der Plan dieser Lotterie ist bedeutend erweitert. Die Summe der Gewinne beträgt 33 000 000 000 Mark (in der vorhergehenden Lotterie nur 3 820 800 000). Die Lose sind in vier Serien eingeteilt, so daß auf jede ausgeloste Nummer ein Gewinn in gleicher Höhe entfällt. Der Inhaber eines sogenannten vierfachen Loses (eine ganze Serie) erhält bei einem Treffer auch die vierfache Summe. Ein Serienlos kostet für jede Klasse 30 000 Mark. Dieziehung der 1. Klasse findet am 15. und 16. November statt.

§ Zur Aufklärung über die Butterbeschlägnahmen. Wir haben wiederholt berichtet, daß auf dem Bahnhof Veranlassung des Kommissars zur Belämpfung der Teuerung und des Buchers Butter beschlägnahmt wurde. Auch am Sonnabend sind wieder drei Fässer beschlägnahmt worden. Um Fälschungen zu vermeiden, möchten wir darauf hinweisen, daß es sich hierbei immer nur um größere Butterfassungen handelt, bei denen angenommen wird, daß sie zu Spekulationen zwecken aufgekauft ist und in andere Landestelle, oder gar auf Umlagen in das Ausland verschoben werden soll. Die hierher zu Markt kommenden Landleute sind vielfach der Ansicht, daß auch ihnen die Butter auf dem Bahnhof beschlägnahmt werden könnte. Das ist aber eine gänzlich unbegründete Annahme. Butter, die hier in Bromberg verkauft werden soll, wird nie beschlägnahmt, es sei denn, daß sie hier zu Bucherpreisen verkauft wird und dieses zur Kenntnis der Behörden kommt.

§ Einbruchdiebstahl. In Schleusenau (Okole) wurde am Sonnabend vormittag in einer Wohnung des Hauses Chausseestraße (Werlinska) eingebrochen. Die Diebe erbeuteten Garderobe und andere Sachen im Werte von 7 Millionen Mark.

§ Diebstahl in der Eisenbahn. Einem auf der Reise von Danzig nach Bromberg befindlichen Herrn wurden unterwegs aus seinem Gepäck eine Anzahl Wäschestücke von Gepräubern gestohlen.

§ Gesäßgeldiebstahl. Einem Bistecher in Schleusenau, Chausseestraße 66, wurden in der Nacht zum Sonntag aus seinem Stalle 11 Gänse gestohlen.

§ Festnahme eines Kleiderdiebes. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, einen Garderobendieb, der hier seit einiger Zeit sein Unwesen trieb, festzunehmen. Es handelt sich um einen gewissen Wladislaus Schilski aus Bromberg.

§ Festgenommen wurden in der Zeit von Sonnabend bis heute 18 Personen, nämlich 10 Betrunkenen, 6 Sittenbrienen, ein Wohnungloser und ein Einbrecher.

* Nowy Dwór, 6. Oktober. Der Landwirtschaftliche Verein „Kujawien“ hielt am letzten Mittwoch in der Lonenhalle seine Oktoberfeier ab, die den erschienenen Vereinsmitgliedern eine Fülle von Anregung und Belehrung bot. Im geschäftlichen Teil wurden u. a. die Landwirte aufgefordert, sich in Fragen der Arbeiterentlohnung streng an die Tarifsätze zu halten. In das Kuratorium der demnächst in unserer Stadt zu eröffnenden landwirtschaftlichen Winterschule wurden folgende Herren gewählt: Freiherr v. Massenbach, Major Hirsch-Lachmirowice, Dr. Oberländer, Direktor Wenzel, Förster-Modliborzyce und Schren. — Nach Eröffnung der geschäftlichen Fragen hielt Senator Dr. Busse einen Vortrag über das Gesetz über die Vermögenssteuer, der Vereinsgeschäftsführer Dr.

Oberländer über das Thema „Die Ackererde eine lebende Masse“, und Dr. Feige über „Tierzüchterische Vererbungsfragen“. An alle drei Vorträge schloß sich noch eine rege Aussprache.

* Nowy Dwór, 6. Oktober. Zu dem tödlichen Absturz des Dackdeckers Wojan, über den wir berichteten, wird dem „Kuj. B.“ mitgeteilt, daß der Absturz lediglich dem Umstande zuzuschreiben ist, daß der Verunglückte in betrunkenem Zustand zur Arbeit erschienen war.

* Poznań (Poznań), 6. Oktober. Am Freitag wurden in mehreren Druckereien der Stadt Poznań auf Veranlassung des Starostwo Grodzkie Haussuchungen vorgenommen, deren Zweck nach dem „Pol. Tagebl.“ die Feststellung gewesen sein soll, ob in einer dieser Druckereien Aufrufe zum Ausstand der Beamten gedruckt wurden. Von den Haussuchungen wurden betroffen: die „Druckarnia Poznańska“, die Druckerei des „Przegląd Poranny“ und die Druckerei des „Gomiec Bielski“ (wo auch das Blatt „Wioscanin“ gedruckt wird). Nach dem „P. T.“ verließen die Haussuchungen ergebnislos.

* Rogoźno (Rogoźno), 5. Oktober. Gestern abend in der zehnten Stunde wurden fünf Eisenbahnbeamte, die vom Bahnhof nach der Stadt gingen, in der Nähe des Alexander-parkes von mehreren Personen überfallen, wobei auch einige Schüsse gefallen sein sollen. Einer von den Banden wurde von den Eisenbahnbeamten ergreift und mit einem Denkschellen entlassen, der ihm die Lust zu ähnlichen Unternehmungen für längere Zeit vergehen lassen durfte.

* Rogoźno (Rogoźno), 5. Oktober. Gestern abend in der zehnten Stunde wurden fünf Eisenbahnbeamte, die vom Bahnhof nach der Stadt gingen, in der Nähe des Alexander-parkes von mehreren Personen überfallen, wobei auch einige Schüsse gefallen sein sollen. Einer von den Banden wurde von den Eisenbahnbeamten ergreift und mit einem Denkschellen entlassen, der ihm die Lust zu ähnlichen Unternehmungen für längere Zeit vergehen lassen durfte.

* Rogoźno (Rogoźno), 5. Oktober. Gestern abend in der zehnten Stunde wurden fünf Eisenbahnbeamte, die vom Bahnhof nach der Stadt gingen, in der Nähe des Alexander-parkes von mehreren Personen überfallen, wobei auch einige Schüsse gefallen sein sollen. Einer von den Banden wurde von den Eisenbahnbeamten ergreift und mit einem Denkschellen entlassen, der ihm die Lust zu ähnlichen Unternehmungen für längere Zeit vergehen lassen durfte.

* Stiefelsohlen als Anwaltshonorar. Die Flucht vor der Mark und das Bestreben, sich wertbeständig bezahlen zu lassen, greift auch neuerdings in den freien Berufen um sich, wie folgender Fall beweist: Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fragte nach Verhandlung einer belanglosen Bekleidungssache der Vorsitzende den Rechtsbeistand des Klägers nach dem von ihm vereinbarten Honorar. Unter allgemeiner Heiterkeit erklärte der Anwalt, daß er mit dem Schuhmachermeister als Honorar vereinbart habe, daß dieser ihm zwei Paar Stiefel beschaffen müsse. Die Beklagte übernahm diese Kosten.

Handels-Rundschau.

Italien sucht polnische Kohlenterrains. In der letzten Zeit, so meldet der „Kurier Polski“, sieht Italien für Terrains, auf denen u. a. Kohlengruben errichtet werden können, großes Interesse. Beim Ministerium für Handel und Industrie sind in der letzten Zeit zwei sehr wichtige und große Finanzkonzerns angemeldet worden, die den Vorschlag unterbreitet haben, größere Terrains in Oberschlesien zu finanzieren, an denen auch polnisches Kapital sich beteiligen sollte. In dem einen Fall sollten die zum Verkauf stehenden Terrains bis zum 1. Oktober dem einen Konzern reserviert bleiben. Ob ein Abschluß zustande gekommen ist, war noch nicht zu erfahren. Mit dem anderen Konzern sind wieder erneute Verhandlungen angebahnt worden.

Geldmarkt.

Die polnische Mark am 6. Oktober. Es wurden gezahlt für 100 Polenmark: in Danzig 109 725—110 875, Auszahlung Warschau und Poznań 97 755—98 245; in Berlin 110 000; in Bremen, Auszahlung Warschau 0,007—0,009; in Prag, Auszahlung Warschau 0,003225.

Warschauer Börse vom 6. Oktober. Scheisse und Umfänge: Belgien 26 800, Danzig und Berlin 0,0008, London 2 416 500 bis 2 416 000, New York 530 000, Paris 20 150, Prag 15 715, Wien 750, Schweiz 94 900, Italien 24 000. — Devisen (Barzahlung und Umfänge): Dollar der Vereinigten Staaten 580 000.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 6. Oktober. Banknoten: 1 amerik. Dollar 738 150 000 Gold, 741 850 000 Brief, 100 poln. Mark 109 725 Gold, 110 275 Brief. XI. Ausz.: 1 Pfund Sterling 3 491 125 000 Gold, 3 508 750 000 Brief, Paris 1 Frank 44 887 500 Gold, 45 112 500 Brief. Verkehrsreiter Scheck: Warschau 97 755 Gold, 98 245 Brief.

Schlusskurse vom 6. Oktober. Danziger Börse: Dollar 740 000 000, Pfund Sterling 8 500 000 000, Polennoten 110 000; im Abendfreiverkehr der Börse 745 000 000, Polennoten 111 000; New Yorker Parität 909 000 909,08.

Berliner Devisenkursmildung vom Sonnabend. Unter dem Druck der unerfreulichen innerpolitischen Lage erfuhrn die Devisenkurse vormittags in Fortsetzung der Aufwärtsbewegung am Freitag bei starkem Begehr und mangelndem Angebot wieder eine sehr starke Steigerung, wobei der Dollar über 800 Millionen hinausging. Späterhin machte sich allgemeine Befürchtung geltend, zumal Hoffnung auf eine Klärung der innerpolitischen Lage bestand. Die Kurse bröckelten langsam ab bei sehr geringen Umsätzen. Der Dollar wurde um 12 Uhr mit ca. 750 Millionen genannt.

Amerikanische Börse vom 6. Oktober. (Amtliche Notierungen.) Warschau 0,0007, New York 5,50, London 25,27½, Paris 28,10, Wien 0,0078½, Prag 16,50, Italien 25,20, Belgien 28,00, Berlin (für eine Milliarde) 8,5.

Die Landesdarlehenklasse zahlte heute für 100 deutsche Mark 8 Pfennige, 1 Goldmark 110 933 Polenmark, 1 Silbermark 45 610, 1 Dollar, große Scheine 530 000, kleine 524 700, 1 Pfund Sterling 2 415 000, 1 franz. Franken 86 600, 1 Schweizer Franken 95 000, 1 Sloth 50 800.

Produktionsmarkt.

Getreideentwertungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit vom 4. Oktbr. bis 6. Oktbr. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Weizen 1500 000—1 100 000 M., Getreide —, Braunernte 800 000 bis 1 100 000 M., Hefterbrot —, Brotgerste —, Brotgerste —, Hafer 750 000—850 000 M., Getreide 160 000—180 000 M., Getreide 180 000—200 000 M., Roggenmehl 70%, (inkl. Sad) 1 500 000—2 100 000 M., Weizenkleie —, Roggenteele 500 000—600 000 M.

Amtliche Notierungen der Bydgoszcz Getreidebörsen vom 6. Oktober. (Die Großhandelspreise verkehren sich für 100 Kilogr.)

— Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung.) Weizen 1800 000—2100 000 M., Roggen 1 100 000—1 200 000 M., Weizenmehl —, M., Roggenmehl 1800 000—2100 000 M., (inkl. Sad), Weizenkleie —, M., Roggenkleie 600 000 M., Hafer 800 000—900 000 M., Getreideoffizin 160 000—180 000 M., Getreideoffizin 180 000—200 000 M., Getreideoffizin 200 000—220 000 M., Getreideoffizin 220 000—240 000 M., Getreideoffizin 240 000—260 000 M., Getreideoffizin 260 000—280 000 M., Getreideoffizin 280 000—300 000 M., Getreideoffizin 300 000—320 000 M., Getreideoffizin 320 000—340 000 M., Getreideoffizin 340 000—360 000 M., Getreideoffizin 360 000—380 000 M., Getreideoffizin 380 000—400 000 M., Getreideoffizin 400 000—420 000 M., Getreideoffizin 420 000—440 000 M., Getreideoffizin 440 000—460 000 M., Getreideoffizin 460 000—480 000 M., Getreideoffizin 480 000—500 000 M., Getreideoffizin 500 000—520 000 M., Getreideoffizin 520 000—540 000 M., Getreideoffizin 540 000—560 000 M., Getreideoffizin 560 000—580 000 M., Getreideoffizin 580 000—600 000 M., Getreideoffizin 600 000—620 000 M., Getreideoffizin 620 000—640 000 M., Getreideoffizin 640 000—660 000 M., Getreideoffizin 660 000—680 000 M., Getreideoffizin 680 000—700 000 M., Getreideoffizin 700 000—720 000 M., Getreideoffizin 720 000—740 000 M., Getreideoffizin 740 000—760 000 M., Getreideoffizin 760 000—780 000 M., Getreideoffizin 780 000—800 000 M., Getreideoffizin 800 000—820 000 M., Getreideoffizin 820 000—840 000 M., Getreideoffizin 840 000—860 000 M., Getreideoffizin 860 000—880 000 M., Getreideoffizin 880 000—900 000 M., Getreideoffizin 900 000—920 000 M., Getreideoffizin 920 000—940 000 M., Getreideoffizin 940 000—960 000 M., Getreideoffizin 960 000—980 000 M., Getreideoffizin 980 000—1000 000 M., Getreideoffizin 1000 000—1020 000 M., Getreideoffizin 1020 000—1040 000 M., Getreideoffizin 1040 000—1060 000 M., Getreideoffizin 1060 000—1080 000 M., Getreideoffizin 1080 000—1100 000 M., Getreideoffizin 1100 000—1120 000 M., Getreideoffizin 1120 000—1140 000 M., Getreideoffizin 1140 000—1160 000 M., Getreideoffizin 1160 000—1180 000 M., Getreideoffizin 1180 000—1200 000 M., Getreideoffizin 1200 000—1220 000 M., Getreideoffizin 1220 000—1240 000 M., Getreideoffizin 1240 000—1260 000 M., Getreideoffizin 1260 000—1280 000 M., Getreideoffizin 1280 000—1300 000 M., Getreideoffizin 1300 000—1320 000 M., Getreideoffizin 1320 000—1340 000 M., Getreideoffizin 1340 000—1360 000 M., Getreideoffizin 1360 000—1380 000 M., Getreideoffizin 1380 000—1400 000 M., Getreideoffizin 1400 000—1420 000 M., Getreideoffizin 1420 000—1440 000 M., Getreideoffizin 1440 000—1460 000 M., Getreideoffizin 1460 000—1480 000 M., Getreideoffizin 1480 000—1500 000 M., Getreideoffizin 1500 000—1520 000 M., Getreideoffizin 1520 000—1540 000 M., Getreideoffizin 1540 000—1560 000 M., Getreideoffizin 1560 000—1580 000 M., Getreideoffizin 1580 000—1600 000 M., Getreideoffizin 1600 000—1620 000 M., Getreideoffizin 1620 000—1640 000 M., Getreideoffizin 1640 000—1660 000 M., Getreideoffizin 1660 000—1680 000 M., Getreideoffizin 1680 000—1700 000 M., Getreideoffizin 1700 000—1720 000 M., Getreideoffizin 1720 000—1740 000 M., Getreideoffizin 1740 000—1760 000 M., Getreideoffizin 1760 000—1780 000 M., Getreideoffizin 1780 000—1800 000 M., Getreideoffizin 1800 000—1820 000 M., Getreideoffizin 1820 000—1840 000 M., Getreideoffizin 1840 000—1860 000 M., Getreideoffizin 1860 000—1880 000 M., Getreideoffizin 1880 000—1900 000 M., Getreideoffizin 1900 000—1920 000 M., Getreideoffizin 1920 000—1940 000 M., Getreideoffizin 1940 000—1960 000 M., Getreideoffizin 1960

Deutsche und französische Besetzungsmethoden.

Die Franzosen pflegen ihre Gewalttaten im Ruhrgebiet gern mit der Gegenfrage zu entschuldigen: „Ja, wenn die bösen Deutschen Sieger gewesen wären, wie hätten sie dann unter dem Deckmantel der Wiedergutmachung im dem friedlichen Frankreich gehau? Diese Barbaren, ha! Unsere Schwarzen können keine so schwarzen Gedanken haben, als daß man sie mit den Taten der Hunnen vergleichen könnte.“

Nun haben die Deutschen auch einmal Frankreich besetzt, nicht im Wege des Vertragsschlages, sondern der Vertragsausfüllung. Im Jahre 1870/71, als keine unbewaffneten Franzosen erstickten, keine pflichttreuen Beamten gefangen gesetzt oder ausgewiesen wurden. Die deutschen Barbaren wußten in anderer Weise zu siegen, als die Vertreter der französischen „culture“.

In einer seiner letzten Sonntagsreden hatte Poincaré der deutschen Regierung empfohlen, den Briefwechsel von Thiers mit dem außerordentlichen Kommissar der französischen Regierung bei dem Oberkommando der deutschen Besatzungsmiliz, Grafen St. Vallier, und dem Generalfeldmarschall Baron von Manteuffel nachzulesen. Sie würde dann, wagte Poincaré zu behaupten, besser wissen, wie eine Nation handeln kann und muß, die den festen Entschluß hat, sich von ihrer Schuld freizumachen.

Die Familie von Manteuffel stellt hierzu der „D.A. 3.“ aus dem Nachlaß des Generalfeldmarschalls eine große Anzahl von Privatbriefen an ihn und die Baronin zur Verfügung, die von Thiers, dem Grafen St. Vallier, anderen amtlichen Personen und französischen Aristokraten stammen, und die offenkundige Heuchelei, die in jener Auflösung Poincarés liegt, wahrhaft überraschend und unzweideutig beweisen. Aus all diesen Schreiben spricht der tiefe Dank, den Frankreich den deutschen Besatzungstruppen für ihre in jeder Beziehung einwandfreie Haltung zollt. Wie blutiger Hohn auf das Verhalten der französischen Einbrecherarmee in der deutschen Westmark lesen sich die zum Teil geradezu überschwenglichen Hymnen dieser hochgestellten Franzosen auf Manteuffel und seine Armee. Nachstehend einige Proben:

Préfecture
de
Meurthe-Et-Moselle
Gabinet du Préfet

Nancy, le 30. Juillet 1872.

Herr General!

Euer Exzellenz' Gedanken aus der Heimat hat mich tief gerührt; ich bin dankbar für die Ausdrücke der Glückwünsche und des Bedauerns, die in Eurem Briefe enthalten sind; dieser wird für mich ein Dokument von bleibendem Werte sein.

Herr General, ich muß Ihnen für meine Person mit allem Freimut bekennen, daß die Beziehungen zu Ihnen, die Ihre große Güte natürlich und herzlich zu gestalten wußte, mir unvergesslich bleiben werden. Ich habe bis jetzt noch bei niemandem so viel Achtung vor dem Unglück und der Würde anderer — dies ist das wahre Zeichen eines wirklich hochstehenden Charakters — noch eine gerechte Beurteilung von Menschen und Dingen gefunden. Ich habe schon oft mein Land glücklich geprägt, daß in seinem großen Unglück die Überleitung der Besetzung einem Mann von Geist und Großmut anvertraut war; ausgenommen die vollständige Befreiung — ich weiß, daß auch dies Ihr Wunsch ist — kann ich meinem Lande nichts Besseres wünschen als die Gewißheit, den Überbefehl der deutschen Truppen bis zum Ende in Ihren Händen zu wissen.

Wollen Sie, verehrter Herr General, die Güte haben, den Ausdruck meiner vollsten Hochachtung zu führen der Frau Baronin und Baroness zu legen.

Mit dem Ausdruck höchster Verehrung

Ihr sehr ergebener
Vicomte de Montesquieu
Conseiller d'Etat.

Am Tage des Abriekens der letzten deutschen Truppen aus Verdun, am 14. September 1873, schreibt Graf St. Vallier, le Commissaire extraordinaire du Gouvernement français près le Commandant en chef de l'armée d'occupation, folgendes in einem ausführlichen Briefe an die Gattin des Generalfeldmarschalls von Manteuffel:

„Ich schaue mich nicht einzugehen, daß ich heute tief traurig bin, und daß der Gedanke der Trennung von Herrn von Manteuffel mir das Herz zer-

reissen will. Ich habe vorgestern bei Ihnen im kleinen Kreis einen Abendessen eingenommen. Es fiel mir tatsächlich schwer, meinen Kummer zu verbergen, und als wir uns zum Abschied umarmten, konnte ich kaum Herr meiner Gefühle werden. Gestern morgen hat er Verdun mit den letzten Truppen verlassen.

Aber der Gedanke, ihn nicht wiederzusehen, läßt mich nicht ruhen. Ich beabsichtige daher, heute abend nach Beendigung der Tagesarbeit mit der Bahn ihm nachzufahren, um noch ein paar Stunden mit ihm im letzten Quartier deutscher Truppen auf französischem Boden zu verbringen. Ich bin glücklich, so ihn wenigstens noch für einen kurzen Augenblick zu sehen.“

Der Präsident der Republik an Seine Exzellenz den General Baron von Manteuffel, Kommandant der deutschen Armee in Nancy.

Mein lieber Baron von Manteuffel!

Die deutschen Generäle und Offiziere haben Ihnen gestern an Ihrem Geburtstage ihre Glückwünsche ausgesprochen; dies war ihre Pflicht!

Ich als Franzose übermittel Ihnen am heutigen Tage die gleichen Glückwünsche in Anerkennung Ihrer unvergleichlichen und vornehmen Haltung gegenüber unserem Lande.

Empfangen Sie bei dieser Gelegenheit von neuem die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung und dauernden Anhänglichkeit!

gez. A. Thiers.

Unter „Freunden“.

Ein polnisches Urteil.

Im Hinblick auf das furchtbare Unglück auf der Renardgrube im Dabrowaer Kohlenrevier schreibt die „Gazeta Robotnicza“:

„Der Verlust dieser 60 Bergleute auf der Renardgrube ist die Schuld der Kapitalisten. Wie die Tatsachen feststellen, war die Rettung der Bedrohten unmöglich, da die notwendigen Rettungsmittel absolut nicht vorhanden waren.“

Die Grube „Renard“ gehört, wie die „PAT“ feststellt, einem französisch-russischen Konzern, d. h. also, daß die Besitzer der Grube, Franzosen und Russen, während dieser unterirdischen Tragödie, während die Witwen und Kinder verwüstet dastehen, in Paris oder Südfrankreich auftragen Erholungen wollen. Milliarden, welche mit dem blutigen Schweiß des Bergmannes verdient werden, wandern Jahr für Jahr über die Grenze, während die Arbeiter in Not leben und jeden Tag mit dem Tode rechnen müssen.

Vor kurzem hat der Arbeitersführer Stanczyk die Lage der Arbeiter auf den Gruben geschildert, welche fremdländischem Kapital, vor allem dem französischen, gehören. Die Wohnungen der Bergleute im Dombrowner Revier befinden sich in einem beslogenswerten Zustande. Überall fehlt es an den notwendigsten hygienischen Einrichtungen. Die Wohnungen stürzen ein und die Herren Kapitalisten jenseits der Grenze haben nichts für die Bergleute übrig...“

Polen ist mehr oder weniger bis zum Rest durch fremdes Kapital ausverkauft, welches sich noch immer weiter dank der Chinesen-Platten-Regierung nach Polen drängt. Um die Polen herum herrscht ein Streit der amerikanischen Trusts unter Vermittlung der verschiedenen Bosels und Korsantys. Bis zum Plebisitz waren wir in Oberschlesien noch frei von dieser Ansteckung. Das Kapital war ausschließlich deutsch, welches sich um die notwendigsten Einrichtungen, um die Erhaltung der Unternehmungen gekümmt, Krankenhäuser, Wohnhäuser usw. gebaut hat. Gegenwärtig ist die Lage schlechter geworden. Nach Oberschlesien haben verschiedene Kapitalisten ihre Hände ausgestreckt, angefangen bei französischen, österreichischen Juden bis zu den Patrioten vom Schlag voran. Zu Aufmerksamkeit des entsetzlichen Unglücks auf der Grube Renard, welche durch das fremde Kapital verursacht wird, ist zu befürchten, daß ähnliche Unglücke in Oberschlesien öfter vorkommen werden, denn was geht die ausländischen Barone die Sicherheit auf den Gruben an, zumal es sich nur darum handelt, bei niedrigsten Kosten am meisten zu verdienen...“

Die Druckerei auf dem Ozean.

Wenn man von den modernen Passagierdampfern spricht, nennt man sie gern „schwimmende Hotels“. Obgleich diese Bezeichnung ohne Zweifel richtig ist, so ist doch die allgemeine Einrichtung an Bord der großen Trans-Atlantik-Schiffe im Laufe der letzten Jahre derart vervollkommen, daß „schwimmende Städte“ ein viel bezeichnender Titel wäre. Denn hier ist alles an Bord, was sich nur in einer Stadt befindet — von der elektrischen Anlage bis zur Druckerei und der Tageszeitung.

Die meisten Passagiere wissen recht wenig von dieser Druckerei und doch ist alles dies eine Einrichtung, welche ihnen ständig große Dienste leistet. Hier werden z. B. die Speisekarten gedruckt und unter den anderen „Aufträgen“, die der Schiffsdruker in seiner vollständig ausgerüsteten Druckerei ausführt, befinden sich nebst besonderen Speisekarten für besondere Gesellschaften, Schlafkarten und Passagierlisten, Geburtstagskarten usw. Die größte Arbeit jedoch hat der Drucker auf den United-States-Lines-Dampfern mit der Herausgabe der täglichen Zeitung. Dies ist ein acht Seiten starkes illustriertes Heft, dessen Format etwa halb so groß ist wie das einer gewöhnlichen Tageszeitung. Auf der ersten Seite der Zeitung werden jeden Tag die wichtigsten Neuigkeiten aus der ganzen Welt veröffentlicht. Diese Neuigkeiten werden jede Nacht kurz nach zwölfs Uhr drahtlos empfangen. Der Funkentelegraphist bereitet das Material für den Drucker vor und lange, bevor der erste Passagier seinen morgentlichen Spaziergang auf Deck unternimmt, ist der Drucker bereits bei der Arbeit. Schon zur Frühstücksszeit erhält der Passagier sein Exemplar, mit welchem er sich die Nachmittagszeit verkürzt. Auf diese Weise sind die Passagiere ständig mit der ganzen Welt in Verbindung und erfahren alles Wissenswerte. Infolgedessen können sie sobald sie an Land kommen, sich eine „Baudzeitung“ kaufen und ihre Lektüre fortführen, ohne zu fühlen, daß sie gerade eben in die Zivilisation zurückkehrten. Welch ein Geschenk ist dies mit den Tagen vor der Errichtung der drahtlosen Telegraphie, welche es erst ermöglicht Neuigkeiten auf hoher See zu erhalten! Wenn früher ein Passagier nach einer Reise im Hafen ankam, so fand er sich in vollständiger Unkenntnis der bedeutendsten nationalen und internationalen Angelegenheiten. Völker konnten untergegangen sein, finanzschwache Paniken eingetreten sein, ohne daß er etwas davon wußte. Jetzt ist der Ozeanreisende ebenso gut über jedes Ereignis des Tages orientiert wie auf dem Lande.

Kleine Rundschau.

* Christus im Markenbild. Aus Anlaß des 200jährigen Jubiläums der von Papst Gregor XV. im Jahre 1623 in Rom gegründeten „Congregatio de propaganda fidei“, der Gesellschaft zur Verbreitung des Katholizismus unter den Heiden, wird die italienische Postverwaltung demnächst einen Satz Gedächtnismarken herausgeben. Sie beanspruchen schon aus dem Grunde besondere Beachtung, weil hier zum erstenmal Christus im Markenbild erscheint. Die vier Werte haben alle dasselbe Bild, den Heiland, umgeben von seinen Jüngern.

* Die Zwillinge von Windsor. In Windsor leben zwei sechzehnjährige Zwillinge, die einander Zug für Zug so gleichen, daß kein Mensch sie voneinander zu unterscheiden vermag. Selbst die eigene Mutter verwechselt sie auf Schritt und Tritt. Die beiden Jünglinge, die dieselbe Schule besuchen, werden diese demnächst verlassen, zur großen Erleichterung ihrer Lehrer, die froh sein werden, wenn die Komödie der Irrungen, der jeder Tag eine neue Szene aufzeigt, endlich ihr Ende erreicht. Bei einer Schwimmkonferenz, an der die beiden teilnahmen, war es nicht möglich, daß die Zwillinge fast gleichzeitig am Ziel anlangten, festzustellen, wer zuerst angekommen war. Der gleiche Fall ereignete sich bei einer Trikotkonferenz, bei der für den Sieger ein silberner Becher ausgesetzt war. Weder die Schiedsrichter noch das Publikum waren imstande, anzuhören, wem von den beiden Zwillingen die einzelnen Punkte zuerst erzielten. Man muß sich fragen, ob nicht am Ende in der Wiege eine Verwechslung stattgefunden hat, und ob nicht etwa Edward in Wirklichkeit Albert und Albert Edward ist. Sorge machen der Mutter vor allem die Verwicklungen, die bei der Eheschließung eines der Söhne eintreten drohen. Wie soll denn die arme Gattin den Mann von dem Schwager unterscheiden?

Tanzschule Pawlicki.

Der neue Kursus für Fortgeschrittenen beginnt

am 18. Oktober 1923.

Gefl. Anmeldungen, auch zum Anfängerzirkel, nehmen täglich im Goniec, ul. Dworcowa 52, entgegen.

Pawlicki,
Tanzlehrer.

Brennholz jeder Art wie
Kloben

Rollen

Spaltholz
Stühlen

(ofen- und kesselfertig) liefert

Kantor Węglowy, Bydgoszcz,

Jagiellońska 46/47. Telef. 8, 12 u. 13.



Massagen | Wolfshund
in u. außer dem Hause werden sachgemäß auf den Namen Diana geführt. S. Menzel, S. Gauß, Podolska 1.
Warmbüchsig 2. 10501

Teerprodukte

destill. Teer, Klebemasse,
Hartpech, Rohnaphthalin,
Treiböl (Dieselmotor),
Carbolineum, Petrolpech

liefer in ganzen Ladungen prompt u. äußerst preiswert
franko poln. Station

Teer-Chemische Produkte u. Industriebedarf

Swinemünde, Friedrichstr. 31. 9940

Chargeurs Reunis

Warschau, Królewska 10 :: Tel. 190-46
Lemberg, Grodecka 83.

Schnellste, bequemste und reguläre

Verbindung nach
Argentinien, Brasilien, Uruguay.

Unsere Luxusdampfer bieten den Passagieren Rauchsäle für Herren und Salons für Damen.

Die Abfahrten erfolgen jede 7 Tage.

Wir besitzen viele Dankbriefe für entgegenkommende Behandlung und gute Verpflegung.

Auskünfte über die Erteilung des argentinischen Visums sowie über die hierzu notwendigen Dokumente werden jederzeit bereitwillig und kostenlos durch unser Büro erteilt.

Korrespondenz in allen Sprachen.

Mitgliederversammlung

des Vereins
Dregersches Privatlyzeum

am Montag, d. 15. Oktober um 6 u. nachm.

im evgl. Gemeindehaus (Elisabethstr. 10).

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Abnahme der Jahresrechnung.
3. Mahlen.
4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Eiserne Heizöfen

büßig, bequem u. elegant, mit Vorrichtung zum

Kochen, Baden

und Braten

bei 75% Brennsparsnis. Nur bei

Glas, Danzigerstr. 13.

2. Gänse

grau, entlaufen, gegen

hohe Belohnung abz.

Glas, Danzigerstr. 13.

Peri. Blätterin

empf. sich in u. außer d.

Hauses Osto, ul. Che-

mista 23, Höh., 1 Tr.

Jelle werden gut und
kaufe auch alle Jelle.

Wetoba, Wilcza, Malborska 13. 10786

Die über F. Eggert
gesagten Worte
nehme ich zurück.

3. M.

Bratwurst-glöckel-Restaurant

Parkowa 10.